

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 31 (1990)
Heft: 16

Artikel: Ungarn ohne reichen Onkel
Autor: Pozsgai, Joseph
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1093007>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Joseph Pozsgai

Ungarn ohne reichen Onkel

Wer bezahlt den Osteuropäern nach ihrer Befreiung die Umstellung? Im Fall der DDR ist die Anschlussfrage beantwortet, sonst nicht. Über den Fall Ungarns berichtet unser Korrespondent, der sich wieder einige Wochen dort aufgehalten hat.

Während Ostdeutschland in den nächsten zwei bis drei Jahren 150 Milliarden Mark aus dem westlichen Teil Deutschlands an Sanierungsgeld erhält, zwingen die Weltbank und der Internationale Währungsfonds die neue Regierung Ungarns zu einer eisernten monetären Disziplin zwecks Tilgung der unter Kadar gemachten Auslandsschuld von gut 20 Milliarden Dollar. «Ja, wenn man im Westen keinen reichen Onkel hat . . .», hört man in Budapest etwa sagen.

Man werde es Ungarn «nie vergessen», hatte der Bonner Aussenminister Genscher gesagt, dass es mit seiner Öffnung des Eisernen Vorhangs (Sommer 1989) den Anstoss zum Sturz des Honeckerregimes in der DDR gegeben habe. Aber was hat man von der ewigen Dankbarkeit materiell?

Der Chef der neuen Koalitionsregierung ohne Kommunisten und Sozialisten, der Historiker Jozsef Antall (siehe sein Zeitbild-

Interview in Nr. 6/1990), der sich bereits als fähiger Diplomat in Ost und West erwiesen hat, baut auch in erster Linie auf die deutsche Hilfsbereitschaft. Der übrige Westen nämlich ist weniger spendabel. Seine internationalen Gremien stimmen zwar einer grösseren Finanzhilfe an den Osten zu, aber die in Aussicht gestellten Milliarden werden an die Bedingung einer bereits privatisierten Wirtschaft geknüpft.

Die Belohnung kommt nach der Leistung, lautet die Parole. Aber sie taugt deshalb nichts, weil die betreffenden Länder die Finanzspritze eben zur Einführung der Marktwirtschaft brauchen, und nicht erst hinterher, wenn die kostspielige Operation abgeschlossen ist.

Am Beispiel Ungarns, wo in diesem Frühjahr der Systemwechsel politisch bereits stattgefunden hat, wird der Sachverhalt deutlich.

Wenn man in Ungarn nach den grossen politischen Umwälzungen die Leute fragt, wie es ihnen nunmehr gehe, erhält man einen überraschend einheitlichen Bescheid. Die Lage habe sich wegen der drastischen Preiserhöhungen deutlich verschlechtert,

und oben kümmere sich niemand um die Alltagsorgen der Bevölkerung. Keine Spur von einer Aufbruchstimmung, wie man sie nach der Abschaffung eines allseits verhassten Systems eigentlich erwarten würde.

Die Regierung gibt sich optimistisch, aber da tut sie nur dergleichen. Sie hat eine bankrotte Firma mit sämtlichen Schulden übernommen und sollte daraus ein blühendes Unternehmen machen, möglichst sofort.

Politische Kredite nur für Diktaturen?

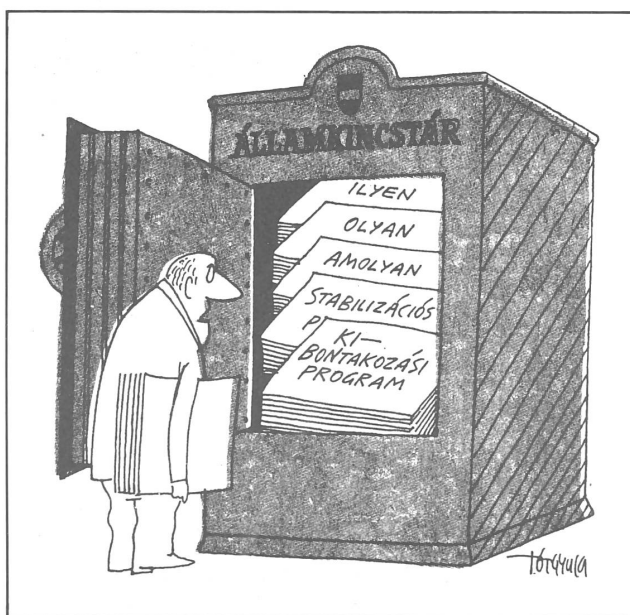
Wie das zu machen wäre, bleibt die Frage, und die offiziellen Vorstellungen enthalten Widersprüche. Als primäre Aufgabe betrachtet das Regierungsprogramm die Aufrechterhaltung der Kredit- und der Zahlungsfähigkeit, und dafür wiederum müsste der Schuldenberg nach aussen abgetragen werden. Wenn man aber das anstrebt, muss man so sparen, dass fast nichts mehr übrig bleibt, um die staatliche Wirtschaft zügig zu privatisieren und die Marktwirtschaft einzuführen. Schon die Zinsen fressen einen grossen Teil der Exporterlöse auf, und die Sanierung hat dann noch nicht einmal angefangen.

Es ist ein politischer Fehler gewesen, nach dem Systemwechsel die 20 Milliarden Schulden des Kadarregimes einfach vollumfänglich zu akzeptieren. Der Westen hatte seinerzeit die fraglichen Kredite an den ganzen Osten nicht aus wirtschaftlichen, sondern aus politischen Gründen gewährt; was er dafür zu kriegen hoffte, war Entspannung und sonst so gut wie nichts. Dass die Milliarden den betreffenden Ländern wirtschaftlich keine Besserung brachten (was im Falle Polens besonders flagrant war), davon konnte sich der Westen selber überzeugen, aber trotzdem machte er weiterhin sein Geld locker, ausschliesslich dem guten politischen Klima zuliebe.

Man wollte mit den Krediten einen westfreundlichen Sozialismus fördern, egal wie bevölkerungsunfreundlich er war. Aber die Leute im Osten hatten von der gesamten Ordnung genug und gingen gegen sie an, sobald sie das zu tun vermochten. Ein Pionier der politischen Umwälzung war gerade Ungarn, und es hat auch durchaus dazu beigetragen, dass Gorbatschow in der Sowjetunion imstande war, die Antiperestrojkafront zu sprengen.

Hilfe zur Selbstverkochung

Nun benimmt sich der Westen so, als müsse er die Völker Osteuropas dafür bestrafen, dass sie ohne sein Zutun ihren Willen durchsetzten und das System ihrer Unterdrückung abschafften. Die politischen Kredite, die er leichtfertig den Diktaturen nachgeworfen hatte, scheinen ihm im Falle von Demokratien keine Fortsetzung wert zu sein; Demokratien bedrohen seine Interessen nicht und erübrigen die Besänftigungsübungen. Also



In der Staatskasse stapeln sich Gesundheits- und Sozialprogramme. «Wo bringe ich da mein Erneuerungsprogramm noch unter?»
(«Ludas Matyi», Budapest, 26. 6. 1990)

fordert man von den Krediten plötzlich wirtschaftliche Ertragsbeweise, bevor man sie vergibt.

Wenn dabei wenigstens die wirtschaftlichen Überlegungen als solche stichhaltig wären ... Aber auch das sind sie nicht.

Weltbank und IWF treten in Budapest als rigorose Konkursverwalter auf und lassen der neuen Regierung keinen Spielraum, der Landeswirtschaft mit zinsgünstigen neuen Krediten einen Aufschwung zu ermöglichen und die Konjunktur zu beleben. Sie handeln nach dem gleichen fragwürdigen Schema, das die Weltbank schon auf Lateinamerika und Afrika anwendet. Dahinter steckt eine Zwangsvollstreckungsmentalität, die weder dem Gläubiger noch dem Schuldner hilft und neue Gefahren heraufbeschwört. Zu einer gründlichen Risikoanalyse hat sich der Westen mit seinen Finanzierungsinstitutionen immer noch nicht aufgerafft.

Exportoffensive mittels Produktionshemmung?

Die Regierung in Budapest ist deswegen ihrerseits von Fehlern nicht freizusprechen. Sie wäre durchaus berechtigt, dem Westen seine politische Mitverantwortung an der Entstehung des Schuldenbergs vorzuhalten und sich zu weigern, die Suppe alleine auszulöffeln. Statt dessen aber setzt sie auf eine Exportoffensive, mit der sie die Zahlungsfähigkeit des Landes zu retten gedenkt. Und das ist eine doppelte Illusion.

Erstens wird die dazu nötige Produktionssteigerung erschwert statt erleichtert. Wegen der restriktiven Kreditpolitik der Notenbank verlangen die ungarischen Handelsbanken (es gibt bereits 27 solcher Geldinstitute) für ihre Kredite an die Unternehmen unverhält-

nismässig hohe Zinsen. Diese liegen zwischen 30 bis 38 % und treiben die Inflation von gegenwärtig 25 % natürlich noch weiter an. (Laut Regierungsprogramm wäre die Inflationsbekämpfung übrigens zweitwichtigste Aufgabe der Wirtschaftspolitik ...) Eine solche Hochzinspolitik bremst nun ganz ausgesprochen die Produktion und damit dann eben auch den Export.

Zweitens verlässt man sich für die geplante Exportoffensive auf ausländische Investitionen, für die wiederum die entsprechenden Voraussetzungen fehlen. Zur Konjunkturbelebung und zur Devisenbeschaffung setzt man auf westlichen Kapitalexport in Form von gemischten Gesellschaften (Joint ventures). Ob diese zustandekommen oder nicht, ist bis zu einem gewissen Grad ohnehin Glücksache, auf welche die ungarische Seite nur beschränkt Einfluss nehmen kann. Aber so weit es auf die ungarischen Bedingungen ankommt, sind sie noch weit davon entfernt, bestmöglichst geregelt zu sein. Das Hauptstück, die Eigentumsreform, hat seinen parlamentarischen Weg noch gar nicht genommen. Dabei geht es um die Privatisierung von 90 % der staatlichen Wirtschaft.

Zwar gibt es in Ungarn bereits mehr als tausend gemischte Gesellschaften, aber die meisten von ihnen sind Leichtgewichte. Nur gerade fünf Joint ventures haben ein Gründungskapital von einer Milliarde Forint (20 Millionen Franken) oder mehr. In ihrer Mehrzahl bringen die Firmen eine Mitgift von 50 000 bis 100 000 Franken in die Wirtschaftsehe mit, und die Gesamtinvestitionen via Joint ventures beschränken sich bisher laut Auskunft der Ungarischen Nationalbank auf 300 Millionen Dollar; ein mageres Zwischenergebnis. Gerade finanzstarke westliche Firmen halten sich vorsichtig zurück, und das ist für den gegenwärtigen Schwebzustand eben charakteristisch.

Richtig wäre ein neuer Marshallplan

Theoretisch müsste sich durch Privatisierung der staatlichen Wirtschaft viel Geld machen lassen. Wer aber soll diese für moderne Produktion meist untauglichen Betriebe kaufen können und kaufen wollen? Die verarmte Bevölkerung hat nicht die Mittel für einen Aktienerwerb von grossem Umfang, und devisenstarke Westunternehmen werden erst einmal ausrechnen, was es kostet, eine Bruchbude in einen gewinnbringenden Betrieb umzuwandeln.

Gesetzt aber, die Ausländer würden doch Appetit kriegen, müsste ihnen dieser von der ungarischen Regierung gedämpft werden. Ein Ausverkauf der ungarischen Wirtschaft wäre politisch unverantwortlich, und tatsächlich würde die jetzige Koalition schon auf dem Weg dazu zerbrechen.

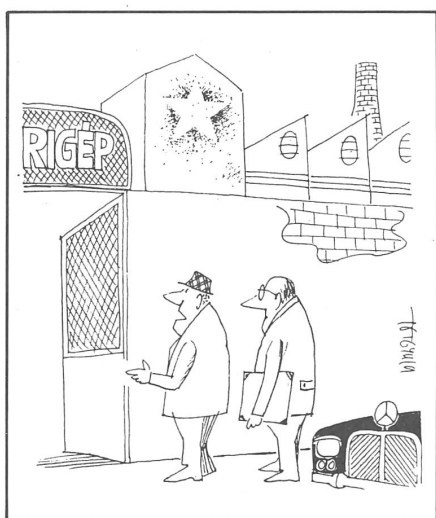
Was die Regierung begrifflicherweise wünscht, ist eine modernisierte Wirtschaft, die von einer neuen ungarischen Unterneh-

mer- und Managerschicht kontrolliert wird. Da darf die westliche Beteiligung nicht so gross werden, dass die Ausländer das Sagen kriegen. Und um so wichtiger wird die Kreditbasis in Hartwährungen. Hier wiederum können nur die Regierungen der grossen Industrieländer helfen. Sie brauchen die Einsicht, dass ein neuer Marshallplan vonnöten ist, wenn der Übergang zur Marktwirtschaft relativ rasch und relativ reibungslos erfolgen soll.

Was durch die Privatisierung an Geld hereinkommt, braucht der Staat dringend einerseits für Sozialleistungen und andererseits für Infrastrukturen, deren Fehlen auch eine tüchtige Investitionsabschreckung darstellt. Die Kredite für eine Umgestaltungspolitik sind eben eine zusätzliche Notwendigkeit.

Für die Umgestaltung einer sozialistischen Planwirtschaft in eine Marktwirtschaft gibt es in den nationalökonomischen Lehrbüchern keine Anweisungen. Dass die ungarische Regierung das gültige Rezept gefunden habe, lässt sich nicht behaupten. So kombiniert sie Inflationsbekämpfung mit Inflationsverursachung. Sie hat die Preise losgelassen, ohne dass die Kaufkraft der Bevölkerung mithalten könnte, und die schlechten Erfahrungen, die man in Polen damit gemacht hat, wiederholen sich – einstweilen mit weniger Dramatik – nun auch in Ungarn. Und hier wie dort spielen Weltbank und IWF eine wichtige Rolle, aber keine gute.

Bei alledem geht es uns nicht darum, die Verdienste der Ungarn für die stille Revolution in Osteuropa zu schmälern, und auch die jetzige Regierung verdient Anerkennung für die Fortsetzung der politischen Transformation. Nur ist die wirtschaftliche Entwicklung in diesem Jahr weder für die westlichen Kreditfestsetzer noch für die einheimischen Regierungsverantwortlichen ein Ruhmesblatt. ■



Der neue Fabrikant: «Mein Gott, das ist ja der Betrieb, den mein Vater vor vierzig Jahren verstaatlicht hat.» («Ludas Matyi», Budapest, 10. 7. 1990)